

„Weichen stellen gegen Armut!“ – Stellungnahme zu den explodierenden Energie- und Lebenshaltungskosten

Wir, die Generation 60plus - noch im Zweiten Weltkrieg oder nicht lange danach geboren – sind diejenige Bevölkerungsgruppe in Deutschland, die den hiesigen Wohlstand mit aufgebaut und erwirtschaftet hat.

Jetzt sind wir alt – und viele von uns, ohne dass sie reich wurden oder reich werden konnten.

Laut Statistik beziehen im Bezirk Mitte von Berlin (ein im bezirklichen Vergleich sehr „junger“ Bezirk) 12,5% der Altersgruppe 65+ Grundsicherung nach dem 12. Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Das ist mehr als doppelt so hoch wie im Berliner Durchschnitt (6,2%).

Mit zunehmendem Alter – das stellen wir als Generation 60plus täglich fest – werden wir gleichzeitig in unserer Bewegungsfähigkeit eingeschränkter, viele werden pflegebedürftig, und die Wohnung wird zum Lebensmittelpunkt.

Die derzeit explodierenden Lebenshaltungskosten für Energie, Lebensmittel und Mieten betreffen daher gerade unsere Generation massiv!

Mit wachsender Sorge blicken viele vor allem Ältere und Geringverdienende in die Zukunft. Egal ob Miete, Heizung oder Ernährung – trotz sparsamen Wirtschaftens ist das zur Sicherung des Lebens zur Verfügung stehende monatliche Einkommen begrenzt und schon bisher oft sehr beschränkt. Die Armut wächst.

Und nicht zum ersten Mal in unserem Leben machen wir auch jetzt wieder die Erfahrung: Gewinne werden privatisiert – Verluste werden sozialisiert.

Gasversorger wie Wintershall Dea oder RWE fahren für das erste Halbjahr 2022 Gewinne von über einer Milliarde Euro bzw. sogar über fünf Milliarden Euro ein.

Zum Schutz vor drohender Insolvenz angesichts der gestiegenen Gas-Einkaufspreise auf dem Weltmarkt soll ihnen als „systemrelevanten“ Garanten einer unabhängigen Gasversorgung der Bundesbürger*innen nun aber mit der ab dem 1. Oktober 2022 geplanten Gasumlage für eineinhalb Jahre (bis März 2024) mit Geld aus der Tasche von uns allen aus der „Patsche“ geholfen werden!

Wie viele andere gesellschaftliche Akteure fordern wir:

- eine Übergewinnsteuer für Unternehmen, die in der derzeitigen Krisensituation außergewöhnlich hohe Gewinne erwirtschaftet haben und weiterhin erwirtschaften – die Einnahmen einer solchen Steuer sollten zur Unterstützung und Entlastung einkommensschwächerer Haushalte in diesem Herbst und Winter verwendet werden;
- die Auszahlung der Energiepauschale auch für Rentner*innen;
- die Sicherstellung bezahlbarer Gas- und Stromkosten, d.h. eine Verbrauchpauschale bei Strom und Gas pro Haushalt zu subventionierten Preisen entsprechend denen des vergangenen Jahres – die Sicherung der Energieversorgung der privaten Haushalte gehört zur Daseinsvorsorge des Staates ;
- sowie die Entkopplung von Strom- und Gaspreisen.

Wir wenden uns außerdem gegen das „Gießkannenprinzip“: Entlastungen nicht für alle Einkommensgruppen in gleicher Höhe!

Den Bezirk Mitte von Berlin und das Land Berlin fordern wir auf,

- zügig und zeitnah Anlaufstellen zu schaffen für Personen, die ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen können,
- unbürokratische Hilfe und Unterstützung mit unkomplizierten Verfahren bei der Umsetzung der Entlastungsangebote.

Mit dieser Stellungnahme kommt die Seniorenvertretung Mitte von Berlin in großer Sorge ihrer gesetzlichen Verpflichtung nach, die Belange der Seniorinnen und Senioren mit Nachdruck bei Politik und Verwaltung zu vertreten.

Berlin, im August 2022
Elisabeth Graff, Vorsitzende



<https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/amt-fuer-soziales/seniorenvertretung/qr-code.png>